

Festrede zur Eröffnung der Woche der Geschwisterlichkeit am 10. März 2024

DEMOKRATIE UND ANTISEMITISMUS

In seiner eindrucksvollen Autobiographie *„Als wär's ein Stück von mir“* beschreibt Carl Zuckmayer die Zeit nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg für uns Deutsche als (Zitat)

„Stunde der Hinwendung zu einer neuen - aus dem Erschrecken der Menschen vor sich selbst - geborenen Menschlichkeit“.

Diese erinnerungskulturelle Hinwendung zu einer neuen Menschlichkeit - in der erschreckenden Erkenntnis, welches Grauen durch Menschenhand immer wieder möglich ist - definiert ein Stück der unverwechselbaren und ureigenen Identität der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft sowie der besonderen politischen und geistigen Kultur unseres Landes.

Sie dient in erster Linie dazu, demütig und ehrlich trauernd an unendliches und unvorstellbares Leid der Vergangenheit zu denken.

Sie hat aber auch die Aufgabe, für die Zukunft ein möglichst resilientes Immunsystem aufzubauen - mit Blick auf alle nur denkbaren Bedrohungen unseres freiheitlich-rechtsstaatlichen und pluralistischen Gemeinwesens.

Die politische Gestaltung unseres gesellschaftlichen Miteinanders kann nämlich nur gelingen, wenn man weiß, welche Gefahren lauern und welche erodierenden Mechanismen unsere Demokratie gefährden (immer wieder neu und immer wieder anders). Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn man weiß, welche (zum Teil latenten) gesellschaftlichen Entwicklungen am Ende Frieden und Freiheit sowie Respekt, Toleranz und Menschenwürde zu bedrohen und schließlich auszuhebeln imstande sind.

Die fortlaufende Befassung mit der jüngeren deutschen Geschichte ist daher auch so etwas wie eine „Fehlervermeidungsstrategie“ im Umgang mit der stets geradezu immanenten Fragilität unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie darf daher niemals enden! Sie dient der Herausbildung von Achtung gegenüber dem Mitmenschen und von Zivilcourage, von der wir angesichts der bedrohlichen Entwicklungen der Gegenwart wahrlich nicht genug haben können. Sie bildet ein „Empowerment“ gegen unsägliche Parolen und menschenverachtende Sprüche, die auch heute wieder (nicht zuletzt „im Netz“) zu lesen sind. Deren Ignorierung wäre von geschichtsvergessener Blauäugigkeit.

Karl Jaspers hat einmal gesagt:

„Es war möglich, was geschah, und es bleibt jederzeit wieder möglich. Nur mit Wissen kann es in Zukunft verhindert werden.“

Und bei Erich Kästner ist der Satz zu finden:

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens zehn Jahre vor deren Beginn bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis aus einem Schneeball eine Lawine geworden ist...“

Letzteres kann man anders auch so ausdrücken:

Man darf nicht warten, bis eine Diktatur (wir müssen uns in dieser Welt nur umschauen...) auf ein Land eine gigantische Grabplatte legt und dessen überwiegend wunderbare Menschen im tödlichen Würgegriff erdrückt.

Eine Demokratie (wie wir sie meinen) wird dabei nicht begriffen als ein rein formaler Modus einer Staatsorganisation, als eine - in ihrer konkreten verfassungsrechtlichen Ausgestaltung ohnehin höchst variable - Organisationsform.

Sie wird vielmehr verstanden als Ausdruck eines bestimmten Menschenbildes. Sie steht für eine Haltung in unserem Miteinander, für eine auf gegenseitiger Achtung basierende Geisteshaltung. Sie ist Ausdruck der Überzeugung, dass eine menschliche Gesellschaft mit einem tiefen Respekt vor dem (wie auch immer) Anderen tatsächlich möglich ist.

Die unzähligen Demonstrationen der zurückliegenden Wochen scheinen mir ein ausdrucksstarker und unsere Gesellschaft (in Zeiten zunehmender Aggressionen und Rücksichtslosigkeiten) geradezu durchwärmender Beweis dafür zu sein, dass unser Land mit seiner ganz, ganz überwiegenden Mehrheit den uns erteilten Auftrag zur Erhaltung der Demokratie angenommen hat.

Das Bedürfnis, eine „Brandmauer“ gegen jede Form von Menschenverachtung zu errichten, ist offenkundig sehr stark, und das plakative Bekenntnis „Bunt statt braun“ und „Wider jeden Extremismus“ ist gewiss eine hochsympathische Botschaft.

Das ist gut so und gewiss auch ein Beleg für ein erfolgreiches erinnerungskulturelles Wirken in den zurückliegenden achtzig Jahren.

Und dennoch: Wir haben keinen Anlass für eine schulterklopfende Selbstbeweihräucherung. Denn wir müssen zu unserem Bedauern auch registrieren, dass unser Überzeugungspotenzial gegenüber denjenigen, die es angeht, höchst überschaubar sein dürfte und dass die Betroffenen - in kaltschnäuziger Lauerstellung - das derzeitige Demonstrationsgeschehen zynisch auszusitzen trachten.

Aktuelle Umfragewerte und Mitgliederentwicklungen lassen darauf schließen.

Namentlich die unfassbare Zahl antisemitischer Vorfälle, welche in den zurückliegenden zehn Jahren kontinuierlich und in den zurückliegenden fünf Monaten dramatisch gestiegen ist und die brutale Realität eines schleichenden Alltagsantisemitismus, von dem die bei uns lebenden Mitglieder der hiesigen Jüdischen Gemeinden Erschreckendes berichten könnten, lässt uns vor Scham im Boden versinken.

Natürlich haben wir eine wirklich konsequente Auseinandersetzung mit den Ursachen und Ausprägungen der Judenverfolgung des Nazi-Reiches in der Wirtschaftswunder-Euphorie der Nachkriegsjahre geflissentlich verbuddelt. Das fällt uns heute wieder vor die Füße. Eine zäh klebende Masse von Antisemitismus war „unter der Decke“ immer da und hat jetzt wieder einen unrühmlichen Platz in unserer Gesellschaft eingenommen.

Heute kommen weitere Umstände, auf die noch einzugehen sein wird, hinzu, und es zeigt sich einmal mehr, dass Antisemitismus auch so etwas ist wie ein Krisen-Seismograph. In einem Krisen-Modus kann nämlich ein unerträgliches Gedankengut (so wie ein Virus ein geschwächtes Immunsystem des Körpers zu durchbrechen vermag) auf einmal eine neue ungeahnte Salonfähigkeit erhalten.

Dabei ist klar: Jede Form von Antisemitismus widerspricht in fundamentaler Weise (was eigentlich keiner weiteren Erläuterungen bedürfte) dem Koordinatensystem unseres Grundgesetzes. Und dieses Grundgesetz ist eine großartige und in Kürze gewiss zu Recht ihren 75. Geburtstag feiernde Verfassung, die sich gleich in ihren Eingangsartikeln zu einem in ein Normengefüge gekleidetes „Nie wieder!“ bekennt: Nie wieder Krieg, Terror und Verletzung der Menschenwürde eines Jeden (!).

Nun gibt es auf Bundesebene, in allen Bundesländern und in Sonderheit hier bei uns in Niedersachsen unzählige Projekte, welche der Stärkung demokratischer Resilienz im Allgemeinen und dem Kampf gegen Extremismus und Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Besonderen dienen.

Das ist wahrlich gut so! Und dennoch:

Die Zahl antisemitischer Straftaten und Vorfälle steigt eben immer weiter, und ein dezidiert antijüdischer Hass gerade im Netz nimmt zunehmend eine dramatische Dimension ein.

Das wirft die Frage auf: Tun wir - trotz aller Dinge, die wir tun - noch (viel) zu wenig? Ersetzt die Addition von Projekten nicht die gebotene Gesamtstrategie? Tun wir gar das Falsche? Liegt das eigentliche Problem möglicherweise auf einer viel grundsätzlicheren Ebene?

Ich möchte mich dem Thema einmal auf eine andere als sonst übliche Weise nähern. Es sei mir gestattet, wenn ich das - vielleicht überraschend - auf eine eher literarische Weise unternehme. Also:

Stefan Zweig schreibt in einer (wohlgemerkt) im Jahre 1936 erschienenen Monographie:

„Die messianische Sehnsucht nach einer Ent-Problematierung des Daseins bildet das eigentliche Ferment, das allen sozialen und religiösen Propheten die Wege ebnet: Immer braucht nur, wenn die Ideale einer Generation ihr Feuer, ihre Farben verloren haben, ein suggestiver Mann zu erklären, er und nur er habe die neue Formel gefunden. Und schon strömt das Vertrauen von Tausenden dem angeblichen Volkserlöser oder Welterlöser entgegen...“

Und Carl Zuckmayer beschreibt in seinem schon eingangs genannten Buch **„Als wär's ein Stück von mir“** ebenso präzise wie bewegend einen bis in unsere Tage bedenkenswert aktuellen Mechanismus: Wie nämlich bei eigentlich biederen Menschen aus dem letztlich kaum fassbaren Gefühl, abgehängt zu werden und zu kurz zu kommen, an der wirtschaftlichen Prosperität der übrigen Gesellschaft nicht teilzuhaben und überhaupt ungerecht behandelt zu werden, die höchst ungewisse Zukunft nicht meistern zu können, ...
... wie also aus diffusen sozialen Verlust-Ängsten zuerst eine Orientierungslosigkeit, dann eskalierend Enttäuschung und Entmutigung entstehen und daraus dann eine nicht mehr fassbare Wut sowie schließlich ein unbändiger Hass auf solche Menschen, die ein bestimmtes Feindbild-Schema erfüllen.
Zuckmayer beschreibt also ein Szenario, bei dem bei den Menschen der Glaube an Halt, Schutz und Sicherheit verloren geht und dann geschickt agierende Profiteure Trugbilder paralleler Wirklichkeiten von Betrogenen und Erniedrigten zeichnen, um sodann eine „schein-heilige“ Erlösung zu versprechen.

Dazu passt dann auch der von Umberto Eco in seinem Buch **„Das Foucaultsche Pendel“** treffsicher formulierte Satz:

„Für jedes komplexe Problem gibt es eine einfache Lösung, und die ist falsch.“

Hierzu sei angemerkt, dass dieser Satz, der vielleicht als „flotter Spruch“ daherkommen mag, eine höchst folgenreiche - und in diesen Tagen äußerst aktuelle - Bedeutungsschwere hat, nämlich:

Diktaturen führen Völker regelmäßig ins Verderben und erzeugen ein - nicht in Worte zu fassendes - Grauen und menschliches Leid. Demokratien tun es nicht...!

Und - um die „literarischen Anleihen“ fortzusetzen - schließlich: In ihrem Roman **„Über Menschen“** beschreibt Juli Zeh an einer Stelle die Bedeutung zunehmender Angst im demokratischen Meinungsbildungsprozess.

Die einen fürchteten sich vor Inflation und Rezession, die anderen vor einer migrationsbedingten Überfremdung, die einen vor einer Klimakatastrophe, die anderen vor einer Klimaschutz-Hysterie, die einen vor der Pandemie, die anderen vor einer Corona-Diktatur, usw.

Und jeder meine, nur die eigene Angst sei legitim.

Das löse die Gefahr aus, dass die Demokratie an einem Kampf der Ängste zerbreche.

Und das gelte allemal - und diese Formulierung Juli Zehs finde ich bemerkenswert -

„in kippenden Gesellschaften“(!) ...

Gewiss mögen Sie jetzt zu Recht fragen: Was hat das alles mit Antisemitismus zu tun? Nun, es ist ohne Frage eine historische Erfahrung, dass die aus verschiedenen Quellen gespeisten und in unterschiedlichsten Erscheinungsformen durch die Geschichte wabernden antisemitische Attitüden und Stereotypen immer dann eine unsägliche Konjunktur erfahren, wenn Gesellschaften sich in tiefgreifenden Umwälzungen befinden..., ... wenn nicht fassbare, eben diffuse, aber als existenziell wahrgenommene Unsicherheiten einen miserablen, aber augenscheinlich immer wieder funktionierenden Mechanismus auslösen, ...

... nämlich: in einer als hyperkomplex empfundenen Welt neuen Vereinfachungspropheten zu folgen, die eigenen Probleme auf eine andere Gruppe projizieren und dieser die Schuld an der eigenen Misere zuschreiben zu wollen.

Und genau damit haben wir es zumindest in Ansätzen auch heute zu tun.

Denn: Wir leben in einer Phase mit einer schier atemraubenden und latent überfordernden Veränderungsdynamik.

In jedem Fall sind wir gezwungen, uns gerade jetzt substantiell mit dem berühmten Satz des Verfassungsrechtlers Wolfgang Böckenförde auseinanderzusetzen, wonach (Zitat) **„der**

neuzeitliche Verfassungsstaat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht zu garantieren vermag.“

Denn unsere Demokratie ist in diesen Tagen sozusagen von allen Seiten ungeheuren Herausforderungen ausgesetzt.

Sie wird einerseits von monolithisch-autokratischen Systemen (von Europa aus gesehen) im Osten und Fernen Osten mit der Absicht einer gezielten Destabilisierung einem systematischen „Stresstest“ unterzogen.

Und sie wird andererseits ihres einstmals bestechenden Charismas beraubt durch ein Nero-ähnliches Agieren von bestimmten Politikern in wiederum anderen Teilen der Erde...

Kann uns bei so viel Pessimismus nicht ganz mulmig werden?

Kann uns nicht angesichts der Entwicklungen in vielen Ländern der Erde angst und bange werden?

Es ist also in jedem Fall nicht damit getan, die unzweifelhaft ungeheuren Stärken des Grundgesetzes unbesehen abzufeiern.

Wir müssen uns vielmehr immer wieder fragen, welche Gefährdungen (welche selbstverständlich andere sind als diejenigen der Weimarer Republik) uns anwehen und dabei unsere Demokratie anzugreifen in der Lage sein könnten.

Noch einmal: Unser Grundgesetz ist großartig. Und es ist dabei natürlich auch Ausdruck eines bestimmten historischen Kontextes. Es bildet den „Überbau“ dessen, was der hannoversche Journalist Helmut Rieger einmal einen „Trümmerkonsens“ nannte – in Bezeichnung des übereinstimmenden Willens der Menschen der Nachkriegszeit, die von den Nazis hinterlassenen baulichen und vor allem die moralischen Trümmer zu beseitigen.

Wenn unsere Demokratie aber in der derzeitigen Zeitenwende, in der jetzigen Phase eines Epochenbruchs erfolgreich bestehen will, müssen wir uns mit verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen mit schonungsloser Offenheit und Ehrlichkeit auseinandersetzen.

Dazu seien - rein auszugsweise - einmal etwa folgende Punkte ins Feld geführt:

Wir stehen vor einer spürbaren Abnahme von zuvor über Jahrzehnte traditionell festgefügt Bindungen an bestimmte Parteien, Kirchen und Vereine.

Wir erleben eine atemberaubende Atomisierung von Interessen, Ansprüchen und Erwartungen sowie eine Reduzierung des Politischen auf ein an Medienwirkung orientiertes Machtmarketing.

Wir nehmen einzelne Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft (auch in deren Mitte) wahr, welche ein demokratisches System als glatte Zeitverschwendung, als ein immanent problemlösungsinkompetentes Konstrukt ansehen. Schon jetzt erkennen wir einen bemerkenswerten Verlust von Vertrauen in die politischen Akteure gleich welcher Couleur.

Wir registrieren in diesem Zusammenhang auch, dass sich das Verhältnis der Menschen zu den (nach Grundgesetz bisher als „gesetzt“ begriffenen) Formen demokratischer Repräsentation und demokratischer Legitimation grundlegend und in einer für uns heute noch nicht so richtig fassbaren Weise zu verändern scheint.

Und dann werden wir uns fragen müssen:

Was unternehmen wir konkret, um den allenthalben spürbaren Rückgang der Bereitschaft zu einem politischen Engagement (etwa auch im kommunalen Bereich) etwas entgegenzusetzen? Was unternehmen wir konkret, um der zunehmend unerträglichen Verrohung der Sprache im politischen Diskurs in überzeugender Weise Einhalt zu gebieten?

Werden sich demokratische Verfahren und Organisationsstrukturen in einer zunehmend digitalen Welt nicht nachhaltig verändern müssen?

Welche Einflüsse haben die Sozialen Medien auf zukünftige Prozesse der politischen Willensbildung?

Wie definieren wir den „mündigen Bürger“ in Zeiten immer bedeutsamer werdender KI? Wird nicht irgendwann vielleicht derjenige die Regeln des Zusammenlebens in diesem Land zu bestimmen beanspruchen, der vielleicht nicht eine parlamentarische Mehrheit, aber die meisten Follower hat – immerhin in Berufung auf eine Mehrheit eben ganz eigener Art...

Werden wir angesichts der derzeit unkalkulierbaren Risiken unseres wirtschaftlichen Handelns und angesichts der gegebenen sicherheitspolitischen Konstellationen in Zukunft überhaupt noch diejenige ökonomische Basis haben, welche eine auf die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger angelegte, freiheitliche, sozial ausgewogene und solidarische Demokratie als selbstverständlich voraussetzt?

Wird Demokratie auch dann noch Freude machen, wenn notwendige Einschnitte in den Status Quo unabweisbar werden? Oder sind wir nicht alle miteinander mit all unseren wohlstandsgeformten Ansprüchen auf eine „Schönwetter-Demokratie“ programmiert?

Wie groß ist denn wirklich die Bereitschaft einer Ego-orientierten Ellenbogengesellschaft, die in einer heterogenen Gesellschaft nun einmal denknötwendigen Kompromisse zu akzeptieren?

Wie groß ist denn wirklich unsere Bereitschaft, der (mit sehr viel sozialem Sprengstoff) immer stärker auseinanderklaffenden Wohlstandsschere substantiell etwas entgegenzusetzen.

Wie groß ist denn wirklich unsere Bereitschaft, gerade auch denjenigen Menschen wirkungsvoll zu helfen, die es in unserer Gesellschaft (ohne verbandsmäßig organisiert zu sein) zumeist im Unsichtbaren so unendlich schwer haben?

Kann demokratisches Wir-Gefühl latente, aber durch handfeste Nöte des Alltags entstandene und weiter entstehende durchaus massive Wertschätzungsverlustängste vieler Menschen ausgleichen?

Wie auch immer: Wir werden unsere Demokratie „weiterdenken“ müssen...!

In dem derzeitigen politischen Diskurs scheint der Grat zwischen vernunftblockierender Hysterie und handlungshemmend-resignativer Apathie immer schmaler zu werden. Aber wir müssen ihn gehen, bevor es zu spät ist!

In Bezug auf die ständig steigende Zahl antisemitischer Vorfälle reichen Gedenktags-Rituale sowie Überbietungswettbewerbe von temporären Entrüstungs- und Empörungskaskaden jedenfalls nicht aus, wenn wir anschließend mit schnöder Oberflächlichkeit und empathieloser Problem-Ausblendung ungerührt zur Tagesordnung übergehen.

Der Kampf für eine farbige und lebendige Demokratie (ich erinnere dabei an die Worte von Stefan Zweig), die Abwehr einer „kippenden Gesellschaft“ (ich erinnere an die Gedanken von Juli Zeh) ist jedenfalls allemal die beste Investition in eine menschenwürdige Zukunft, in der Antisemitismus gänzlich unbekannt sein möge.

Es gilt, jüdisches Leben hier bei uns immer wieder als etwas zu begreifen, das für uns *„lebendig und wertvoll, bereichernd und inspirierend“* ist.

Dazu brauchen wir einen permanenten zivilcouragierten Mut, und wir brauchen immer wieder „verstehende Begegnungen“ – wie sie etwa die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit bundesweit oder der Verein „Begegnung Christen und Juden Niedersachsen“ und viele andere Träger immer wieder in vorbildlicher Weise organisieren.

Wir müssen unser (noch einmal: ganz großartige) „demonstrative“ Bekenntnis zur Demokratie und zur Ablehnung von Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit inhaltlich vielleicht aber auch einmal aus der Ebene einer gewissen Unverbindlichkeit herausholen.

Wir könnten etwa (um das Ganze zu konkretisieren) vielleicht auch einmal dafür demonstrieren, die Mittel für die Bundeszentrale für Politische Bildung sowie für die hiesige Landeszentrale gezielt aufzustocken, jedenfalls nicht zu kürzen.

Wir könnten auch einmal dafür demonstrieren, das immer noch in der gesetzgeberischen Beratung befindliche Demokratiefördergesetz nun baldmöglichst in Kraft treten zu lassen, um endlich eine Verstetigung der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure (durch die Garantie einer langfristig verlässlichen finanziellen Planung) zu gewährleisten. Das langjährige Gezerre und Herumgeeiere um dieses Gesetz hätte besser vermieden werden sollen.

Wir könnten auch einmal dafür demonstrieren, das in Aussicht genommene Gesetz gegen digitale Gewalt so zügig wie möglich zu verabschieden, um in Sonderheit den unfassbaren Auswüchsen des im Netz grassierenden Hasses etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Das dürfte - fast fünf Jahre nach dem unsäglichen Anschlag in Halle - als längst überfällig zu bezeichnen sein. Und außerdem: Die größten unsere Demokratie bedrohenden Gefahren liegen nicht in irgendwelchen fernen Abgründen des Darknets, sondern in den von bestimmten Akteuren mit höchstem Wirkungsgrad und (leider) perfektem politischen Kalkül eingesetzten Sozialen Medien.

Wir könnten in diesem Zusammenhang auch einmal dafür demonstrieren, die Göttinger Zentralstelle für die Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet, welche eine äußerst verdienstvolle Arbeit leistet, angesichts der geradezu eskalierenden Herausforderungen nicht nur ein wenig, sondern erheblich besser auszustatten.

Wir könnten auch einmal dafür demonstrieren, der Unkenntnis über jüdisches Leben durch eine konsequentere Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu begegnen - beginnend am besten im Kindergarten und konsequent fortgesetzt in allen Schulformen, und zwar mit einer nachhaltigen Vermittlung von Toleranz gegenüber unterschiedlichen Glaubensrichtungen und von Empathie sowie gegenseitigem Respekt. Ein großartiges, aber bisher auf nur einige wenige niedersächsische Grundschulen beschränktes und dabei auf Respektbildung und soziale Anerkennung gerichtetes Projekt unseres Landes darf nicht ein „Tropfen auf dem heißen Stein“ bleiben. Vielmehr sollte es so bald wie möglich eine „flächendeckende“ Umsetzung auf weitere Teile unseres Schulsystems erfahren.

Wir könnten schließlich auch einmal dafür demonstrieren, die unter dem Namen „Gütesiegel“ firmierende konfessionsübergreifende Initiative für Schulen in kirchlicher Trägerschaft so schnell wie möglich (d.h. ohne weiteres behördliche „Aussitzen“...) auf Schulen in staatlicher Trägerschaft zu übertragen. Denn dieses ausgeklügelte Präventions- und Monitoring-Projekt ist in der Tat so überzeugend, dass es einen flächendeckenden Einsatz in unserem Schulsystem wahrlich verdient.

Wir könnten auch einmal dafür demonstrieren, für unsere - personell und sachlich grundsätzlich unterfinanzierten - Schulen und andere Bildungseinrichtungen Haushaltsmittel in der Größenordnung eines „Sondervermögen“ vorzuhalten. Denn diese leisten zurzeit unendlich viel - mit Integration und Inklusion, mit der (ach ja) notwendigen Stoffvermittlung (auch vor dem Hintergrund von PISA) und dann nun auch den hier behandelten Themen. Dem Einsatz für unsere Demokratie würde dies gewiss guttun – und einem erfolgreichen Kampf gegen Antisemitismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ebenfalls.

Wir dürfen jedenfalls den Glauben an die historischen Vorzüge einer kraftvollen und angstfreien Demokratie niemals verlieren. Dazu brauchen wir immer wieder Begegnungen, und wir brauchen immer wieder den inspirierenden Dialog.

Begegnung ist immer möglich! Das Motto der diesjährigen Woche der Geschwisterlichkeit - „The Sound of Dialogue“ - hat in der Tat einen wunderbaren Klang! Begegnungen sind so unverzichtbar wichtig, um jahrhundertealte Narrative aufzulösen, um unselige Stereotypen, welche heute zum Teil mit unsäglichen „Tarnkappen“ daherkommen, zu demaskieren. Begegnungen können dazu beizutragen, dass Neugier (auf das Bereichernde des jeweils Anderen) größer ist als eine diffuse Angst vor ihm.

Schaffen wir daher immer wieder Begegnungen, indem wir etwa besondere Feste des jeweiligen Jahreskreises gemeinsam feiern. Ich denke in diesem Zusammenhang - um nur ein einziges Beispiel zu nennen - an das erst wenige Wochen zurückliegende Chanukka- und das Weihnachtsfest.

Schön wäre es, wenn Christen (und natürlich auch andere) bei diesem so wunderbaren Chanukka-Fest einfach einmal so richtig mitmachten

- etwa in einer benachbarten jüdischen Gemeinde, welche das Fest - wovon ich mich des Öfteren persönlich habe überzeugen können - regelmäßig in beeindruckender Weise begehen oder in der hiesigen Villa Seligmann.

Bei dieser Gelegenheit: In diesem (worauf die Landeshauptstadt Hannover ebenso wie die Region wahrlich stolz sein können) unvergleichlichen Kleinod menschlicher Begegnungen werden ja mit der Sprache der Musik immer wieder Brücken gebaut und „Sounds of Dialogue“ mehrmals monatlich auf vielfältigste Weise gepflegt.

Chanukka-Fest einmal bewusst richtig mitzufeiern, würde beweisen und unserer Gesellschaft nach außen deutlich sichtbar machen, dass jüdisches Leben bei uns wirklich dazugehört – und dass entsprechende Bekundungen nicht nur politische Sprechblasen bleiben.

Machen wir uns dabei einmal klar:

Ob Juden Kerzen am Chanukka-Leuchter oder Christen solche am Adventskranz sowie am Weihnachtsbaum entzünden - jenseits der unterschiedlichen historischen und religiösen Wurzeln der beiden Feste hat dies beiderseits (und genau das ist so wichtig) eine zutiefst symbolische Bedeutung.

Denn die in tiefer Nacht und dunkler Jahreszeit entzündete lichtspendende Kerze erinnert an etwas grundsätzlich Gegensätzliches. Sie erinnert an Helligkeit und Schatten unseres Lebens, an weise Vernunft und grenzenlose Dummheit, an Empathie und Engstirnigkeit, an Hoffnung und Resignation, an eine „humane Orientierung“ unseres Wirkens einerseits und an die - unserer Menschheit eben immer wieder eigenen - kriegslüsterne Kämpfe um Macht andererseits.

Jede noch so winzige Kerze - hier wie dort - ist damit so etwas wie ein Stück des Himmelslichts vor dem Hintergrund eines diabolischen Infernos. Sie ist ein kleiner und unscheinbarer, aber deutlicher Aufstand gegen den Hass in dieser Welt.

Und sie erinnert uns dann an unsere Verpflichtung, an der Erreichung dessen zu arbeiten, was Thomas Mann in seiner berühmten „Rede über Schiller“ beschworen hat als den „Willen zur Liebe und zum Frieden, zu rettender Ehrfurcht des Menschen vor sich selbst“.

Seien wir in diesem Sinne aufgerufen zu einem hoffentlich nie endenden Optimismus. Und dieser Optimismus sei gerichtet auf einen Sieg der Liebe und des Friedens, der rettenden Ehrfurcht des Menschen vor sich selbst.

(Es gilt das gesprochene Wort)